

MENSCH UND UMWELT

2

**UMWELTPOLITIK
IN CHRISTLICHER SICHT**

MENSCH UND UMWELT. Schriftenreihe des Arbeitskreises Ökologie des Sozialreferates im Pastoralamt der Diözese Linz.

Nummer 1, Juni 1983, Schwerpunkt UMWELTETHIK

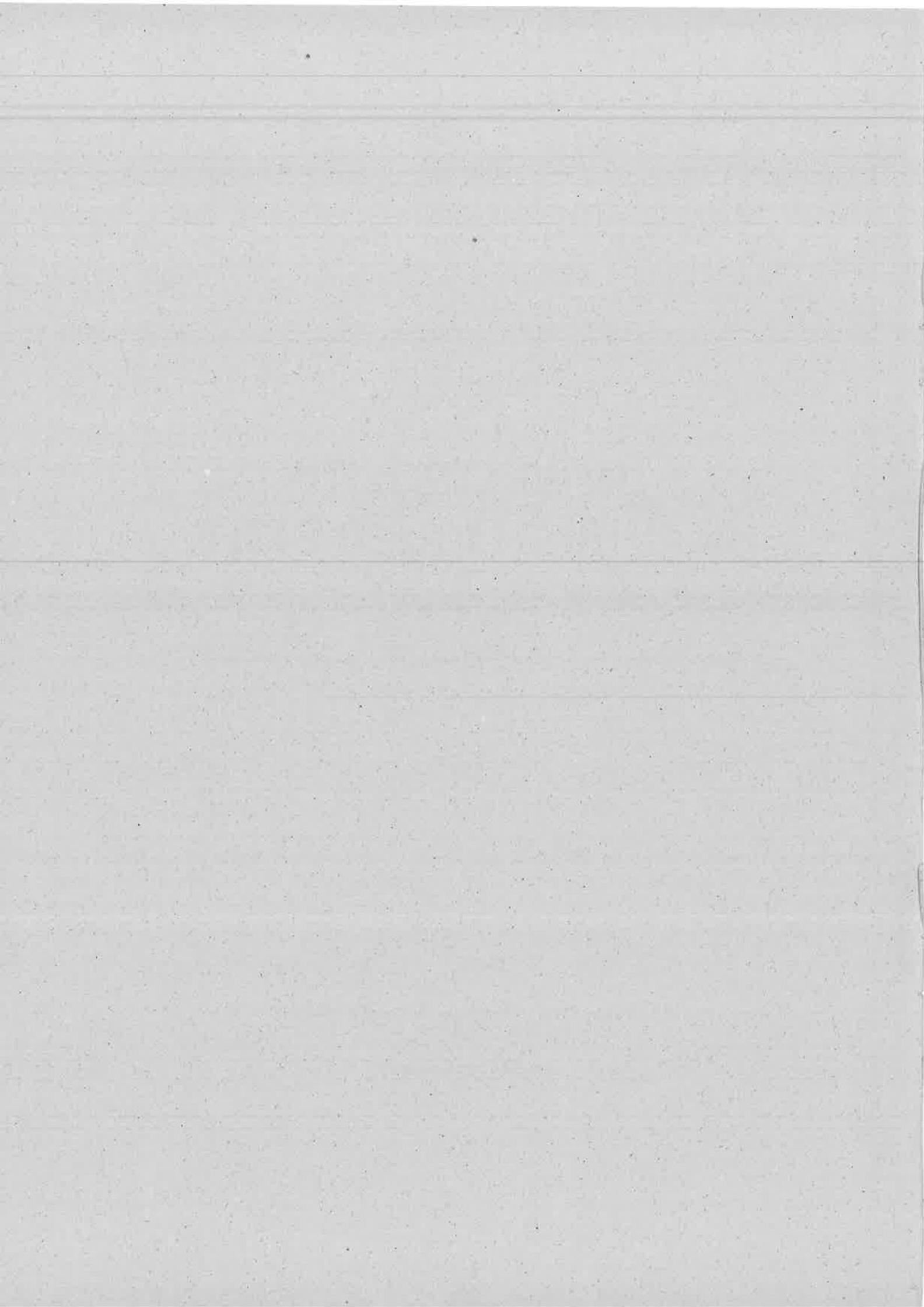
Nummer 2, März 1984, UMWELTPOLITIK IN CHRISTLICHER SICHT

UMWELTPOLITIK IN CHRISTLICHER SICHT

ENTWURF EINES ÖKOLOGISCHEN GRUNDSATZPROGRAMMS

**Im Auftrag und unter Mitwirkung des Arbeitskreises Ökologie
erstellt von**

Dr. Dietmar Kanatschnig



Inhaltsverzeichnis

- **ZUKUNFT der SCHÖPFUNG — ZUKUNFT der MENSCHHEIT**

(Ausgewählte Textstellen aus der Erklärung der Deutschen Bischofskonferenz
zu Fragen der Umwelt und Energieversorgung)

Seite 5

- **DIE UMWELTKRISE ALS HERAUSFORDERUNG
DER KIRCHEN**

Seite 7

- **ÖKOLOGISCHES GRUNDSATZPROGRAMM**

(Diskussionsentwurf des Arbeitskreises Ökologie)

Seite 9

A. Allgemeine Grundsätze

B. Mögliche Beiträge einzelner politischer Teilbereiche zum Schutz der Umwelt

- **A U F R U F**

Seite 15

- **LITERATUREMPFEHLUNGEN**

Seite 16

V o r w o r t

„Es war der Wille des Schöpfers, daß der Mensch der Natur als ‚Herr‘ und besonnener und weiser ‚Hüter‘ und nicht als ‚Ausbeuter‘ und skrupelloser ‚Zerstörer‘ gegenübertritt.“

Dieser Satz, den Papst Johannes Paul II. in seiner Enzyklika „Redemptor Hominis“ (1979) schrieb, bringt am deutlichsten das Grundanliegen des vorliegenden Entwurfs eines ökologischen Grundsatzprogramms zum Ausdruck.

Der Arbeitskreis Ökologie wendet sich damit zum ersten Mal seit seiner mehr als einjährigen Tätigkeit an eine größere Öffentlichkeit. Dies geschieht insbesondere aus der berechtigten Sorge, daß uns zur Lösung der an immer mehr Stellen aufbrechenden, globalen Umweltkrise nur mehr ein begrenzter Zeitraum zur Verfügung steht.

Das vorliegende Papier kann keine Lösungsvorschläge bieten, wohl aber wäre sein Zweck erfüllt, wenn es gelänge, das allgemeine Problembewußtsein gerade hinsichtlich der bedrohlichen Umweltproblematik zu erweitern und die Diskussion über mögliche Ansatzpunkte von Lösungsmöglichkeiten zu bereichern. Betroffen sind wir alle, und nur gemeinsam wird es gelingen, die existentielle Bedrohung noch abzuwenden. Dieser Entwurf möge als Beitrag zur Errichtung einer gemeinsamen Basis dafür verstanden werden.

ZUKUNFT der SCHÖPFUNG — ZUKUNFT der MENSCHHEIT

Ausgewählte Textstellen aus der Erklärung der Deutschen Bischofskonferenz zu Fragen der Umwelt und Energieversorgung (1980) in freier Zusammenstellung

Die neue Grenzsituation der Menschheit

Der Mensch darf nicht alles, was er kann. Je mehr er kann, desto größer wird seine Verantwortung. Mit den Möglichkeiten, Leben zu mehren und zu fördern, wachsen die Möglichkeiten, Leben zu schädigen und zu zerstören. Wachstum von Produktion und Konsum bedeutet nicht fraglos Wachstum der Menschlichkeit. Wo der Vorrang der geistigen Güter vor den materiellen, der Vorrang der Person vor den Sachen nicht gewahrt wird, da ist das Gleichgewicht des inneren und äußeren Friedens und auch das Gleichgewicht einer gerechten sozialen Ordnung auf Weltenebene bedroht. Wissenschaftler, die entscheidend zum schwindelerregenden Fortschritt der letzten Jahrzehnte beitrugen, aber auch Politiker und Kirchen haben immer wieder ihre mahnende und warnende Stimme erhoben.

Wurden sie gehört? Hat sich die Besinnung auf das Maß durchgesetzt, das um der Verantwortung für Menschlichkeit und Menschheit willen unsere Ansprüche und Lebensgewohnheiten begrenzen muß? Diese Besinnung drängt sich heute auf. Denn die Erkenntnis, daß wir nicht alles dürfen, was wir können, wird nunmehr unausweichlich durch eine zweite Erkenntnis: Wir können gar nicht alles, was wir könnten. Versuchten wir, alles zu machen, was wir könnten, so würden dadurch die Mittel verbraucht, die nötig sind, um auch morgen noch weitermachen, weiterleben zu können.

Wir stehen vor der Frage: Überwiegen die Gefahren und Belastungen, die wir für unsere Zukunft heraufbeschwören, nicht gegenüber den Chancen? Umweltkrise, Energiekrise, Rohstoffkrise — diese Stichworte sind beinahe schon Modeworte. Sie lösen nicht nur berechnete und verantwortliche Sorge, sondern mitunter auch Panik und verwirrende Angst aus. Und doch dürfen wir vor diesen Warnsignalen die Augen nicht verschließen:

Der Mensch besetzt seinen Lebensraum und den Lebensraum kommender Generationen mit dem Abfall dessen, was er produziert und konsumiert. Er verdirbt Elemente, aus denen sein Leben und seine Zukunft wachsen: Umweltkrise. Der Mensch lebt so, daß er auf mehr Energie angewiesen ist, als er ohne Schädigung seines Lebensraumes zur Verfügung hat. Wieviel Energie er verbraucht und wie er sie gewinnt, wird zur Lebensfrage: Energiekrise. Der Mensch schöpft für die Befriedigung seiner Ansprüche aus Quellen, die — wenn er weiter so schöpft — morgen nicht mehr fließen: Rohstoffkrise. Der Mensch versteht sich als die Spitze der irdischen Schöpfung und die Welt als sein Haus, das er sich zu seinem Nutzen und Gewinn einrichtet. Aber in vermeintlich berechtigtem Eigeninteresse läuft er Gefahr, mit diesem Haus so umzugehen, daß es über ihm zusammenbricht und er hilflos und wehrlos alleinsteht. Nur in der Solidarität mit der anderen Schöp-

fung, nur im verantwortlichen Umgang mit Tier-, Pflanzen- und Sachwelt, kann er sich auf Dauer als Herr der Schöpfung erfahren, wird er nicht zum aus der Schöpfung ausgetriebenen Sklaven seines Herrenwahns. Man könnte über diese Situation das Wort schreiben: Schöpfungskrise.

Diese Situation hat sich schon lange angebahnt, und doch ist sie erstmalig und einzigartig. Immer wußte der Mensch: Mein Umgang mit den Dingen hat Folgen für die Natur, für die Mitmenschen, ja Folgen für die kommenden Generationen. Die abgeholzten Wälder der iberischen Halbinsel und des Apennin haben weittragende Auswirkungen für das Klima in Spanien und Italien. Heute aber plant der Mensch die Zukunft seines ganzen Planeten, und er kann in einem nie dagewesenen Ausmaß Folgen seiner Eingriffe ermessen. Die Frage, ob kommende Generationen überhaupt noch eine bewohnbare Erde vorfinden werden oder nicht, hat sich früheren Generationen so umfassend nicht gestellt. Und sie stellt sich im Blick nicht bloß auf einen möglichen Atomkrieg, sondern auch auf unseren Umgang mit dem Lebendigen, dem Lebensraum, den Dingen.

Wie ist es zu dieser Situation gekommen? Sie erwächst aus der kühnsten und erfolgreichsten Anstrengung der Menschheitsgeschichte, die Kräfte des Kosmos zu erforschen und dem Menschen dienstbar zu machen. Die moderne Wissenschaft hat Hand in Hand mit der neuzeitlichen Philosophie die Natur zum Objekt des menschlichen Forschens gemacht. Die Dinge haben dabei mehr und mehr ihr Geheimnis verloren und sind zum bloßen Material für unser Planen und Produzieren geworden. Doch der Mensch, der die Welt aufgearbeitet und sich dienstbar gemacht hat, steht nun mit den Produkten seines Planens und Herstellens allein. Er wollte Weltherrscher sein, wird dabei aber auf eine merkwürdige Weise „weltlos“. Er entdeckt bei allem Gewinn eine doppelte Not:

Zum einen stößt er eben an die Grenze seiner Möglichkeiten: verbrauchte Welt, verbrauchte Quellen seines Weiterlebens. Zum anderen stößt er auf unabsehbare Nebenwirkungen seiner gezielten Eingriffe: Was er beherrscht, droht ihn zu verschlingen. Es ist fällig, daß der Mensch ein neues Verhältnis zum Lebendigen, zu den Dingen, zu seinem Lebensraum, zur Welt gewinnt. Die Augen davor zu verschließen, daß wir nicht endlos weiter produzieren und weiter konsumieren können wie bisher, führt zum selben Effekt: Wir stehlen unseren Mitmenschen, wir stehlen den Generationen nach uns Lebenschancen.

Die Menschheit hat nur Zukunft, wenn die Schöpfung Zukunft hat. Diese gemeinsame Zukunft ist nicht nur eine Aufgabe des wissenschaftlichen und technischen Kalküls, sondern mehr noch der sittlichen Verantwortung.

Der Mensch ist nicht das einzige Geschöpf. Gott wollte, daß es nicht nur den Menschen gibt, das Wesen, zu dem er

Du sagst und das Du sagen kann zu ihm. Er hat auch Lebewesen und Dinge geschaffen, die nicht sprechen, nicht mit Bewußtsein und Willen Gott verherrlichen können. Dinge, die einfach da sind. Der Mensch braucht sie. Aber sind sie nur dazu da, daß der Mensch sie braucht?

Wir sind in Gefahr, auch den Menschen nur noch nach dem zu bewerten, wozu er brauchbar ist. Wenn aber der Mensch nur nach Nützlichkeit und Brauchbarkeit beurteilt wird, ist es mit seiner Menschlichkeit zu Ende. Der Mensch ist mehr als das, wozu er dienlich ist. Und doch ist er auch verpflichtet, den anderen, dem Ganzen zu dienen. Was der Mensch zerstört, kann er nicht beherrschen, als Gottes Ebenbild hat er Maß zu nehmen am Urbild; dann aber heißt Beherrschen liebende Sorge, hegendes Wahren. Im biblischen Verständnis schließt das Beherrschen die Verantwortung für die Beherrschten mit ein. Dies gilt auch und gerade für das Verhältnis des Menschen zu seinen Mitgeschöpfen.

Der Mensch hat Verantwortung für die Generationen der Menschheit, die nach ihm kommen. So wird die Schöpfung zum Erbe, das jedes Geschlecht den kommenden Geschlechtern schuldet und ihnen nicht wegkonsumieren, nicht mit unerträglichen Hypotheken belasten darf. Dies ist der kritische Punkt unserer heutigen Situation: Ausgeraubte und verbrauchte Schöpfung regeneriert sich nur teilweise, Ressourcen sind nicht unerschöpflich, Entwicklung geht nicht grenzenlos weiter, Nebenwirkungen heutigen Handelns sind oftmals Nachwirkungen für kommende Jahrhunderte. Verantwortung des Menschen für die Schöpfung ist Verantwortung dafür, das Erbe zu hüten und nicht anstelle eines Gartens eine Wüste zu hinterlassen.

Wo zeigt sich ein Weg?

Wir haben uns scheinbar weit weg bewegt von den konkreten Aufgaben, die Rohstoffkrise, Umweltkrise, Energiekrise uns stellen. Sicher können wir nicht Einzelantworten auf Einzelfragen geradewegs aus Gottes Offenbarung herausholen. Aber vielleicht ist etwas anderes, zunächst Unscheinbareres noch dringlicher: eine Spiritualität unseres Verhaltens zur Welt. Für sie können wir Wegweisung aus unserer Besinnung auf die Quellen des Glaubens erwarten.

Wir sind nicht Schöpfer, sondern Geschöpf. Selbstherrliches Seinwollen wie Gott ist die Urgestalt der Sünde. Frei sein heißt für uns, die Freiheit annehmen und mit der Freiheit jene Bedingungen annehmen, die ihr vorgegeben sind. Es gilt, die Grundverhältnisse der Schöpfungsordnung anzunehmen. Dazu gehört der Vorrang des Menschen vor den Sachen, aber auch die Unentbehrlichkeit der Sachen für den Menschen. Dazu gehört die Übernahme der liebenden Verantwortung für Pflanzen- und Tierwelt; Tiere sind Tiere und nicht bloß Nahrungsmittel, Ausbeutungsobjekt oder Ware, Landschaft ist Landschaft und nicht bloß Terrain für unsere Planung.

Die Welt ist eine Gabe Gottes an den Menschen, und sie ist ihm gegeben zum Weitergeben. Wir sind verpflichtet, den Grundbestand der Schöpfung in seinem ganzen Reichtum zu wahren. Sicher ist der Mensch darauf angewiesen und dazu berechtigt, von den Vorräten dieser Erde, auch von

den Pflanzen und Tieren, zu leben. Wohl aber gehört die Vielfalt der Arten in Pflanzen- und Tierwelt zu jenem Grundbestand der Schöpfung, den der Mensch als Beherrscher und Gestalter dieser Welt zu hüten hat. Dabei geht es nicht bloß um das Belassen von Einzelexemplaren, also um etwas wie eine Arche Noah, in welcher der Mensch einen Rest von Schöpfung gegen eine von ihm selbst veranstaltete Sintflut schützte. Nein, die pflanzlichen und tierischen Arten brauchen Lebensraum, in dem sie sich entfalten. Das Lebendige soll leben können, nicht nur um der Nützlichkeit für den Menschen willen, sondern um der Fülle, um der Schönheit der Schöpfung willen, einfach um zu leben und da zu sein. Wer nur nach Gesichtspunkten der Nützlichkeit fragt, verstößt ungeahnt und ungewollt oft genug auch gegen die der Nützlichkeit.

Sorge um die Zukunft unserer Schöpfung beschränkt sich nicht auf die Sorge um die Sicherstellung der benötigten Energie und um die schädlichen und gefährlichen Nebenwirkungen der Energiegewinnung. Es geht um den Lebensraum für den Menschen und für seine Mitgeschöpfe insgesamt. In ein Gesamtkonzept des Wachstums und des Fortschritts gehören unabdingbar auch die Ziele: Reinheit und Unverbrauchtheit von Luft und Gewässern, Schonung und Erhaltung von Boden und Landschaft. Politische, wirtschaftliche, technische Planungen müssen dem Rechnung tragen.

Es gilt anzunehmen, daß wir auf eigene Ansprüche und Möglichkeiten verzichten und mit anderen teilen müssen, damit alle menschenwürdig leben und sich entfalten können. Es gilt anzunehmen, daß wir den Grundbestand der Welt nicht so verplanen und verändern dürfen, daß wir dadurch die Startbedingungen für das Leben und die Freiheit kommender Generationen im vornherein wesentlich eingengen. Es gilt anzunehmen, daß der Verzicht nicht nur etwas Negatives ist, sondern der Preis für die Verwirklichung unserer Freiheit. Wer alles zugleich sein, haben und vollbringen wollte, was er könnte, der stünde am Ende unzufrieden und mit leeren Händen da. Unsere Freiheit ist die Freiheit, verantwortlich zwischen verschiedenen Möglichkeiten auszuwählen – und das schließt den Verzicht mit ein.

Zwar kann ein sparsames und verantwortliches Verhalten des einzelnen nicht schon das globale Problem von Energie und Umwelt lösen. Und doch hängt Entscheidendes für die Zukunft der ganzen Menschheit am Verhalten eines jeden von uns. Nur wenn die einzelnen in ihrem Lebensbereich das für die ganze Menschheit sachlich Notwendige mittragen, nur wenn die einzelnen im Interesse der anderen „anders leben“ lernen, als sie es vielleicht für sich selber sich leisten könnten, haben jene politischen, technischen und wirtschaftlichen Programme Aussicht, die für eine Zukunft der Menschheit in Freiheit und ohne unnötige Angst die besten sind.

Wir sind aber nicht nur für den Inhalt der fälligen Entscheidungen verantwortlich, sondern auch für die Weise, wie sie vorbereitet, getroffen und angenommen werden. Durchsetzen des Eigeninteresses, ohne den entgegenstehenden Interessen und Gesichtspunkten Rechnung zu tragen, wäre kurzsichtig. Verdächtigung und Fanatisierung, Einsatz anderer Mittel als sachbezogener Argumente blockieren nicht nur die dringend fällige Beantwortung offener Fragen, sondern vergiften auch das Klima der Gesellschaft und machen es insgesamt schwerer, Aufgaben der gemeinsamen Zukunft gemeinsam verantwortlich anzugehen.

Es ist verhältnismäßig leicht, die skizzierten Forderungen aufzustellen, wenn man auf dem scheinbar neutralen Boden des menschlich Grundsätzlichen steht. Aber dieser

Boden ist nicht neutral. Es ist der Boden, der das verantwortliche Handeln auch jener tragen muß, die in Politik, Wirtschaft, Technik unmittelbar an den Schalthebeln sitzen.

DIE UMWELTKRISE ALS HERAUSFORDERUNG DER KIRCHEN

Es herrscht weitgehende Übereinstimmung darüber, daß die derzeitige Umweltproblematik insbesondere durch die einseitig ökonomische Ausrichtung des gesellschaftlichen Wertsystems verursacht wurde. Zur Lösung der Umweltkrise wird daher allgemein auch ein gesellschaftlicher Wertewandel als notwendig erachtet. Zunächst kann grundlegend festgestellt werden, daß die Kirchen im Gegensatz zu den mit dem Problem der „Wertfreiheit“ ringenden Wissenschaften aufgrund von Überlieferungen, Glaubensvorstellungen, Überzeugungen und Intuition wesentlich leichter spezifische Werte vertreten können.

Angesichts der erkannten Perspektiven unserer gegenwärtigen Grenzsituation wird immer wieder ein neues Denken, eine neue Einstellung, ein neues Verhalten, eine neue Ethik gefordert. Diese Forderung wird von vielen in ihrer Sorge um die Zukunft der Menschheit auch oder gerade an die Kirchen gerichtet ¹⁾. Demgemäß wären die Kirchen von ihrem Auftrag her berufen, den Menschen zu einer Änderung ihres Bewußtseins und damit ihres Handelns zu verhelfen, die für die Zukunft unserer Welt entscheidende Bedeutung haben kann.

Nach Auffassung von *H. Westmüller* sollten sich die Kirchen davor hüten, durch die Einrede von Sachzwängen ihre Fähigkeit zur kritischen (und selbstkritischen) Infragestellung gegebener Zustände zu verlieren ²⁾. Gerade im Zeitalter rationaler Wissenschaft und demokratischer Lebensformen kommt es darauf an, daß der religiös-kirchliche Bereich im Gegensatz zu überkommenen Absolutheitsansprüchen und zu vermeintlichen Sachzwängen besonders in den existentiell wichtig gewordenen Fragen der Wertorientierung und Umwertung ein hohes Maß an Aufgeschlossenheit gegenüber einschlägigen wissenschaftlichen Analysen und Forschungsergebnissen entwickelt ³⁾. In einem intensiven Gesprächsprozeß mit Ökologen, Natur-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlern müßten Antworten gesucht werden, die eine Vermittlung zwischen Natur und menschlicher Geschichte zum Inhalt haben. Das verlangt keine Reintegration des Menschen in die Natur im Sinne einer Entwicklung „Zurück zur Natur“, wohl aber eine Rückkoppelung der menschlichen Entwicklung auf seine natürlichen Lebensgrundlagen im Ökosystem der Erde; es verlangt auch nicht das Ende der geschichtlichen Entwicklungsdynamik des Menschen, sondern vielmehr den Verzicht auf einen Fortschrittsbegriff, der an bloß quantitativer Zunahme orientiert ist und die qualitativen Aspekte menschlichen Lebens außer acht läßt ⁴⁾.

Wie und auf welchen Wegen können nun die Kirchen in konstruktiver Weise gegenwarts- und zukunftsorientiert an dem gesellschaftlichen Wertewandel zugunsten der Bewältigung der Umweltkrise mitwirken?

Ebenso wie die Massenmedien sind die Kirchen in der Lage, eine bedeutsame Multiplikator- und Vermittlerfunktion zwischen Wissenschaft und Öffentlichkeit zu übernehmen. Durch die Verbreitung von Ergebnissen der Umweltforschung und durch engagierte Stellungnahmen in der breiten Öffentlichkeit können Wandlungen des öffentlichen Bewußtseins und der Wertvorstellungen in Gang gebracht und verstärkt werden. Somit kann die Kirche beitragen, Forschungsergebnisse in Wertwandlungen umzusetzen, was aber, wie bereits erwähnt, ein erhebliches Maß an Aufgeschlossenheit gegenüber Forschungsergebnissen voraussetzt.

Viele Anzeichen deuten bereits darauf hin, daß gegenwärtig in den Kirchen zunehmend die Gefahren der Umweltkrise und die Notwendigkeit einer weitgehenden Veränderung der Wertvorstellungen und des Lebensstils erkannt werden. Immer mehr setzen sich die Kirchen unter dem Eindruck erschreckender Forschungsergebnisse und zahlreicher Berichte über schwerwiegende Umweltschäden für eine Abwertung des quantitativen Wirtschaftswachstums, des rein materiellen Wohlstandsdenkens und der übertriebenen beruflichen Leistungskonkurrenz, für eine Beendigung des Raubbaus an der Natur ein. Im Hinblick auf rein gesellschaftliche Umweltschäden fordern sie immer nachdrücklicher eine Überwindung von Egoismus, Ausbeutung und sozialer Ungerechtigkeit ⁵⁾. Oder, wie *Westmüller* es formuliert,

„es wird Skepsis eingebracht in eine Gesellschaft, die ständig wieder auf technologische Lösungen für technologisch verursachte Probleme setzt“⁶⁾).

Weiterhin käme es vor allem darauf an, daß Theologie und Kirche den noch immer vorherrschenden kurz- bzw. mittelfristig ausgerichteten Planungen in Politik und Wirtschaft eine langfristige Perspektive gegenüberzusetzen. Gerade die langfristigen Wertvorstellungen sind weitgehend mitentscheidend dafür, wie die Gesellschaft in 100, 200 oder mehr Jahren beschaffen sein wird. *Forrester*: „Wer anders als die Religion kann schon solche Zeiträume überblicken“⁷⁾).

Diese langfristige Perspektive wird etwa bei *Hohlfeld* inhaltlich mit dem Hinweis auf die „Notwendigkeit einer neuen Askese“ angedeutet⁸⁾. Seiner Ansicht nach hätte eine zeitgemäße Askese die Entfaltung eines Lebensstils zu begünstigen, der zwar Rücksicht auf die begrenzten natürlichen Ressourcen und Entsorgungskapazitäten nimmt, aber dennoch mannigfaltige Möglichkeiten eines schöpferischen und glücklichen Lebens eröffnet. Eine solche Askese wäre also keineswegs mit einer rational nicht zu rechtfertigenden Leibfeindlichkeit gleichzusetzen, sondern eine langfristig orientierte Zurückhaltung hinsichtlich der Beanspruchung natürlicher Lebensgrundlagen.

Aufgrund ihrer christlich-ethischen Verantwortung und der sich daraus ergebenden Schutzfunktion insbesondere gegenüber den sozial benachteiligten Mitmenschen können die Kirchen weder ein Nullwachstum noch ein weiteres quantitatives Wirtschaftswachstum befürworten. Sie müssen auch auf verschiedensten Wegen und mit unterschiedlichsten Mitteln Lobby, Anwalt und Sprecher derjenigen sein, die nicht für sich selbst sprechen, nicht sich selbst vertreten oder Einfluß nehmen können. Gerade für diese künftigen Generationen sind die heutigen Umweltschutzmaßnahmen von lebensbegründender Bedeutung. Hieraus ergibt sich für die Kirchen insgesamt die Aufgabe, die Bedeutung von Opfer und Verzicht für die langfristige Erhaltung der Umwelt herauszustellen, was jedoch ein weiteres qualitatives Wachstum nicht ausschließt⁹⁾).

Die Wirksamkeit des theologisch-kirchlichen Beitrages zum umweltgerechten Wertewandel hängt davon ab, inwieweit es gelingt, möglichst viele Multiplikatoren dafür zu gewinnen und zu motivieren. Angesichts des dynamischen Charakters der heutigen Umweltkrise ist es wichtig, daß die Multiplikatoren, die Priester, Pfarrer, Religionslehrer und kirchlichen Mitarbeiter, nicht nur im Rahmen ihrer Ausbildung über mannigfaltige Aspekte der Umweltkrise aufgeklärt werden, sondern auch Möglichkeiten einer ständigen Fortbildung erhalten: durch Kontaktstudium, Informationsveranstaltungen, Akademietagungen, Seminare, Vorträge, Diskussionen usw.¹⁰⁾. Diesen Aufgabenkomplex spricht auch *K. Oeser* an, wenn er eine breit angelegte, systematische und fundierte Informationsarbeit über die Umweltgefährdungen und die Möglichkeiten eines wirksamen Umweltschutzes und einer erfolgversprechenden Umweltpolitik, ausreichende Versorgung mit Informationsmaterial für Predigt, Unterricht und Gemeindegarbeit, Vorbereitung auf die Initiierung von und Mitarbeit in Aktionsgruppen sowie Befriedigung der großen Nachfrage nach theologischen und ethischen Publikationen zur Umweltproblematik ebenso wie nach gut verständlichen Einführungen in das Thema einschließlich realisierbarer Handlungsanweisungen fordert¹¹⁾.

Für die Breitenwirkung ist entscheidend, daß die auf Wertewandel und Verhaltensänderung bezogene kirchliche Bildungs-, Aufklärungs- und Informationsarbeit möglichst alle Ebenen, Bereiche und Einrichtungen der Kirche einbezieht. Es darf keine Gelegenheit ungenutzt bleiben, alle Glieder der Kirche für den Schutz der Umwelt zu mobilisieren. „Angesichts der Herausforderung durch die Umweltkrise liegt also der Schwerpunkt der theologischen Aufgabe gegenüber den Christen darin, sichtbar zu machen, wie diese in der gegebenen Situation ihre Verantwortung gegenüber der Welt wahrnehmen können, und zwar grundsätzlich umfassend: im privaten, wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Bereich“¹²⁾.

Empfehlenswert erscheint ferner die Einrichtung von kirchlichen Anlauf-, Kontakt- bzw. Koordinierungsstellen für Umweltfragen ebenso wie die Nominierung von Umweltbeauftragten, deren Aufgabe es wäre, die Interessen aller Gesellschaftsangehörigen gegenüber den verschiedenen Entscheidungsträgern zu vertreten. Gerade aufgrund ihrer geringen Einbindung in partikular-materielle Interessen können die Kirchen eine Vermittlungsfunktion zwischen gesellschaftlichen Gruppierungen mit unterschiedlichen oder gar entgegengesetzten sozioökonomischen Interessen ausüben. Hier wäre vor allem zu denken an bisherige Gegensätze zwischen Unternehmern und Gewerkschaften, Industrie und Naturschützern, aber auch zwischen verschiedenen Generationen. Jenseits aller gruppenspezifischen Partikularinteressen und -werte sollte das Bewußtsein für ein gruppenübergreifendes allgemeines Wertesystem geweckt werden. Diese integrierende Leistung könnten die Kirchen schon deshalb anstreben, weil ihre Mitglieder und aktiven Anhänger in allen Bevölkerungsgruppen vertreten sind.

Abschließend kann mit *Hillmann* gesagt werden: „Je mehr die vielschichtige Problematik der Umweltkrise und die hieraus resultierende Notwendigkeit einer Veränderung der Wertvorstellungen und Verhaltensweisen zu einem der zentralen und regelmäßig gewürdigten Themen der kirchlichen Einrichtungen wird, umso wirkungsvoller können die Kirchen zum Wertewandel und zur Bewältigung der Umweltkrise beitragen. Gerade die Kirchen können dabei mithelfen, unter Berücksichtigung von Ergebnissen der Umweltforschung Werte und Normen für ein umweltgerechtes und lebensqualitätskonformes Verhalten zu entwickeln. Die Suche nach neuen Werten und Normen, die sich dann als grundlegende Orientierungsstandards und Verhaltensmaßstäbe für eine künftige Gesellschaft im Gleichgewichtszustand erweisen müßten, ist somit eine Aufgabe für die Kirchen, die ihr zugleich neuartige Bewährungsmöglichkeiten eröffnet. Durch die bereits erwähnte abgeschwächte Bindung der Kirchen an materielle Partialinteressen fällt es ihnen leichter, hinsichtlich des existentiell notwendigen Bewußtseins- und Wertewandels die Rolle einer Pionierinstitution auszufüllen. Mit einem engagierten Einsatz für den Umweltschutz und für die weltweite gesellschaftspraktische Verwirklichung der auf Lebensqualität bezogenen Wertvorstellungen könnten die Kirchen neue Realitätsbezüge und gesellschaftliche Bedeutung gewinnen. Sie könnten durch die Teilhabe an dieser entscheidenden Gegenwarts- und Zukunftsaufgabe wieder stärker in den Mittelpunkt des gesellschaftlichen Lebenszusammenhanges hineinkommen und die Anerkennung ihrer Existenznotwendigkeit verbreitern – mögliche Entwicklungen, die die Einflußkraft der Kirche wiederum verstärken würden“¹³⁾.

ANMERKUNGEN

- 1) Siehe *Dreier, W.*: Gesellschaftliche Reformen über praxisverändernde Bildung. Münster 1977, S. 147.
- 2) Vgl. *Westmüller, H.*: Die Umweltkrise – eine Anfrage an Theologie und Christen. In: Umweltstrategie. Materialien und Analysen zu einer Umweltethik der Industriegesellschaft. (Hrsg. von H. D. Engelhardt), Gütersloh 1975, S. 345.
- 3) Siehe dazu *Hillmann, K. H.*: Umweltkrise und Wertewandel. Die Umwertung der Werte als Strategie des Überlebens. Frankfurt/Main 1981, S. 265.
- 4) Siehe *Westmüller, H.*: Die Umweltkrise, a. a. O., S. 344.
- 5) Siehe dazu ausführlicher *Wenke, K. E.* und *Zilleßen, H.* (Hrsg.): Neuer Lebensstil – verzichten oder verändern? Auf der Suche nach Alternativen für eine menschlichere Gesellschaft. Opladen 1978.
- 6) *Westmüller, H.*: Die Umweltkrise, a. a. O., S. 332.
- 7) *Forrester, J. W.*: Die Kirchen zwischen Wachstum und globalem Gleichgewicht. In: Meadows, D. L. und D. H.: Das globale Gleichgewicht. Stuttgart 1974, S. 255 f.
- 8) *Hohlfeld, W.*: Umweltkrise. Herausforderung der Kirche. Stuttgart 1974, S. 31.
- 9) Vgl. *Oeser, K.*: Fragen einer kirchlichen Umweltpolitik. In: Umweltstrategie. Materialien und Analysen zu einer Umweltethik der Industriegesellschaft. (Hrsg. von H. D. Engelhardt), Gütersloh 1975, S. 447.
- 10) Vgl. *Hillmann, K. H.*: Umweltkrise und Wertewandel, a. a. O., S. 275 f.
- 11) Siehe *Oeser, K.*: Fragen einer kirchlichen Umweltpolitik, a. a. O., S. 450 f.
- 12) *Westmüller, H.*: Die Umweltkrise, a. a. O., S. 319.
- 13) *Hillmann, K. H.*: Umweltkrise und Wertewandel, a. a. O., S. 279.

ÖKOLOGISCHES GRUNDSATZPROGRAMM

Diskussionsentwurf des Arbeitskreises Ökologie

Eine Vorbemerkung

Die Arbeit des Arbeitskreises Ökologie erfolgt in Übereinstimmung mit der Zielsetzung des Sozialreferates. Das Engagement des Arbeitskreises in Umweltfragen hat seine Grundlage in den Aussagen der christlichen Soziallehre – vor allem in den Sozialenzykliken und in den Aussagen des II. Vatikanischen Konzils.

Der Arbeitskreis hat mit dem vorliegenden Programm Grundsätze formuliert, die seine künftige Arbeit und Stellungnahmen bestimmen und die auch für eine Umweltpolitik aus christlicher Sicht Geltung haben müßten. Zu konkreten gesellschaftspolitischen Fragen, die gerade auftauchen, kann der Arbeitskreis keine Patentrezepte anbieten. Er möchte jedoch christliche Grundsätze und ethische Gesichtspunkte in die Diskussion einbringen, Wertvorstellungen in Erinnerung rufen und bei der Suche nach Auswegen aus der gegenwärtigen ökologischen Krise im

Gesprächsprozeß mit Ökologen, Natur-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlern mitwirken.

Da christliche Grundsätze in vielen Fällen verschiedene Lösungen für konkrete Sachfragen zulassen, kann für eine bestimmte Lösung nicht die Autorität der Kirche in Anspruch genommen werden. Dies gilt auch für die im zweiten Abschnitt vorgestellten Forderungen und Maßnahmen, die als Diskussionsbeitrag anzusehen sind. Sie stellen eine Konkretisierung der Grundsätze dar und sind auch durch wissenschaftliche Fachliteratur belegbar.

A. Allgemeine Grundsätze

Eine langfristig konzipierte Umweltpolitik, die auch christlichen Wertvorstellungen gerecht wird, muß nach Ansicht des Arbeitskreises Ökologie von folgenden sieben Grundsätzen geleitet werden:

1. Berücksichtigung der Interessen zukünftiger Generationen

Die Art und Weise unserer Lebens- und Umweltgestaltung darf nicht auf Kosten bzw. zu Lasten künftiger Generationen erfolgen. Die Aufforderung zur Nächstenliebe umfaßt neben der räumlichen auch eine zeitliche Dimension, die mit den größer werdenden Gestaltungsmöglichkeiten der Menschheit durch die Technik immer mehr an Bedeutung gewinnt. Langfristwirkungen einzelner Maßnahmen sind daher stärker als bisher bereits im Entscheidungsprozeß zu berücksichtigen.

2. Erhaltung der ökologischen Lebensgrundlagen

Dieser Grundsatz beinhaltet insbesondere eine verstärkte Re-Integration des Menschen (und seiner Eingriffe) in den ökologischen Gesamtzusammenhang, ein erhöhtes Verantwortungsbewußtsein gegenüber seiner natürlichen Umwelt und deren Systembestandteilen (Luft, Wasser, Tiere usw.) sowie einen Verzicht auf kurzfristig mögliche (materielle) Vorteile zugunsten einer nachhaltigen Sicherung der Lebensgrundlagen.

3. Beachtung natürlicher Systemzusammenhänge

Es gibt keine Einzelelemente, die über längere Dauer hinweg außerhalb eines ihnen entsprechenden Systemzusammenhanges „überlebensfähig“ wären. Folgende Grundregeln, die aus der Beobachtung der Biosphäre und der ihr immanenten Wirtschaftsweise abgeleitet werden, sind daher bei Eingriffen in (natürliche gewachsene oder künstlich geschaffene) Systeme zu berücksichtigen:

– Negative Rückkoppelung als dominierendes Selbstregulierungsprinzip

Dieses Prinzip bewirkt eine Stabilisierung des Systems, indem die Ausgangsgröße aus dem System auf die jeweilige Eingangsgröße im gegensätzlichen Sinne zurückwirkt und somit eine Entwicklung, die immer mehr vom Gleichgewicht wegführen würde, verhindert. Das Gegenteil wäre die positive Rückkoppelung, die in der Regel eine exponentielle, explosionsartige Entwicklung bewirkt (z. B. Bevölkerungsentwicklung, Wirtschaftswachstum) und so immer mehr vom Systemgleichgewicht wegführt, was bis zum Zusammenbrechen („Umkippen“) des betreffenden Systems führen kann.

– Unabhängigkeit eines Systems vom Wachstum

Die Erhaltung eines stabilen Gleichgewichtes in einem System (z. B. einer Stadt) ist unvereinbar mit kontinuierlichem Wachstum dieses Systems bzw. eines Systemteiles, weshalb in den überlebensfähigen Systemen der exponentielle Teil der Wachstumskurve ab einem bestimmten Punkt sich abzuflachen beginnt.

– Anwendung des Jiu-Jitsu-Prinzips

Dieses Prinzip besagt, daß bereits existierende Kräfte und Energien im gewünschten Sinne gesteuert und umgelenkt werden sollen, anstatt die vorhandenen Kräfte (etwa der Umwelt) zunächst durch Gegenkraft zu beseitigen, um dann mit weiteren Kräften das eigentliche Ziel zu erreichen (wie es z. B. bei Klimaanlage der Fall ist, die zunächst die natürlichen Umwelteinflüsse wie Temperatur oder Luftfeuchtigkeit ausschalten, um anschließend wiederum mit Energieaufwand ein künstliches Raumklima zu erzeugen).

– Kreislaufprinzip anstelle des Einbahnprinzips

Eine exemplarische Realisierung dieses Prinzips ist das Recycling, also die nutzbringende Wiedereingliederung von Abfallprodukten in den Systemkreislauf. In Kreislaufprozessen verschwindet zunehmend der Unterschied zwischen Ausgangsstoff und Abfallprodukt (so gibt es ja bekanntlich in natürlichen Systemen auch keine Rohstoff- und Abfallprobleme).

– Aufbau von Symbiosen

Unter Symbiose wird hier (als Gegensatz zur parasitären Ausnutzung) das Zusammenleben artfremder Organismen und Systeme zu deren gegenseitigen Nutzen verstanden. Solche Symbiosen führen zu beträchtlichen Rohstoff-, Energie- und Transportkostensparnissen für alle Beteiligten. Sie werden begünstigt durch Kleinräumigkeit und Diversität, aber auch durch sinnvolle Koppelungen bestehender Einrichtungen. Je verschiedenartiger die beteiligten Systeme, umso mehr Möglichkeiten zur Bildung von Symbiosen gibt es.

4. Vermeidung von Monostrukturen

Langfristig funktionierende (z. B. natürliche) Systeme sind durch eine Vielfalt der beteiligten Systemelemente gekennzeichnet. Wo der Mensch diese Systemvielfalt über ein bestimmtes Ausmaß hinaus reduziert, muß er die Systemkreisläufe künstlich (d. h. mit Einsatz großer Energiemengen) erhalten (man denke an Monokulturen und Massentierhaltungen in der Landwirtschaft, an die Probleme in Regionen mit wirtschaftlicher Monostruktur usw.). Monostrukturen sollen daher durch Einbau neuer Systembestandteile beseitigt und vielfältig gegliederte Strukturen (sowohl natürlich gewachsene wie auch künstlich geschaffene) erhalten werden.

5. Errichtung dezentraler Strukturen

Dieser Grundsatz ergibt sich u. a. aus dem Subsidiaritätsprinzip, das besagt, daß Entscheidungen und Handlungen auf der jeweils niedrigsten Ebene, die dazu in der Lage ist, getroffen bzw. durchgeführt werden sollen. Dezentrale Strukturen sind auch ein entscheidender Beitrag zur Verhinderung von Monostrukturen und von systemwidrigen, einseitigen Abhängigkeiten (Außenlenkung). Schließlich soll mit diesem Grundsatz die Überschaubarkeit der einzelnen Lebensbereiche wiederhergestellt werden.

6. Ablöse des quantitativen durch qualitatives Wachstum

Quantitatives Wachstum ist vergleichbar mit dem Wachstum einer Krebszelle, wobei ein Teil eines Systems ohne Rücksicht auf die anderen bzw. das Gesamtsystem wächst, bis eben dieses Gesamtsystem gefährdet wird und zusammenbricht. Anders hingegen das qualitative Wachstum, das entsprechend dem Wachstum einer normalen Zelle 1. nur in gegenseitiger Abstimmung mit den anderen am System beteiligten Elementen erfolgt und 2. nach einer exponentiellen Wachstumsphase in eine Asymptote übergeht. Das wirtschaftliche Wachstum soll daher auch nicht mehr am rein quantitativen Maßstab des Bruttosozialprodukts gemessen, sondern zumindest durch Indikatoren aus dem Umwelt- und Sozialbereich ergänzt werden. Qualitatives Wachstum bedeutet auch Entkoppelung von Sozialproduktwachstum und Ressourcenverbrauch, also eine Steigerung der Energie- und Rohstoffproduktivität.

7. Vorrang sanfter Technologien

Beim Einsatz der Technik ist zwischen harter und sanfter Technologie zu unterscheiden:

	HARTE TECHNOLOGIE	SANFTE TECHNOLOGIE
Ausnahmslos	zentralistisch Verfahrensweise: komplex und hochkompliziert kapitalintensiv	dezentralisiert Verfahren: allgemein verständlich und überschaubar arbeitsintensiv
Im Regelfall	ökologisch gefährlich hoher Energiebedarf Ein-Weg-Gebrauch von Materie und Energie Verschwendung nichterneuerbarer Rohstoffe	ökologisch eingepaßt niedriger Energieverbrauch Wiederverwertung (Recycling) sorgsamer und sparsamster Umgang mit knappen Rohstoffen
	Grenzen der Technik ökonomisch bestimmt	Grenzen der Technik durch die Natur bestimmt

Grundsatz muß es sein, soviel sanfte Technologie als möglich und nur soviel harte Technologie als unbedingt erforderlich einzusetzen. Die Weiterentwicklung der Technik zum Wohle des Menschen bei Erhaltung der Natur- und Lebensgrundlagen ist zu fördern.

B. Mögliche Beiträge einzelner politischer Teilbereiche zum Schutz der Umwelt

Die im folgenden angeführten Ziele und Maßnahmen in den verschiedenen politischen Teilbereichen stellen eine beispielhafte Konkretisierung der zuvor behandelten allgemeinen Grundsätze dar. Der Arbeitskreis Ökologie will damit auf möglichst konkreter Ebene eine Diskussionsbasis über Ansätze zur nachhaltigen Lösung der Umweltprobleme errichten. Ausdrücklich sei nochmals darauf hingewiesen, daß prinzipiell auch andere als die hier angeführten Lösungsvorschläge mit den allgemeinen Grundsätzen vereinbar sein können, weshalb das folgende Ziel- und Maßnahmenbündel als vorläufig und verbesserungsfähig anzusehen ist.

Auch wenn die im folgenden angeführten Ziele und Maßnahmen scheinbar lose aneinander gereiht werden, so wurde doch großer Wert darauf gelegt, daß sie in ihrer Gesamtheit ein eng vernetztes System darstellen. Dieser Systemzusammenhang wird bei der Diskussion um einzelne Punkte besonders zu berücksichtigen sein.

1. Gesellschaftspolitik

Ausgehend von der Christlichen Soziallehre sind für eine umweltgerechte Gesellschaftspolitik u. a. zu fordern:

- Oberstes Ziel politischen Handelns muß die menschengerechte Bewahrung der natürlichen Lebensgrundlagen sein. Das politische Handeln hat daher in Übereinstimmung mit den oben angeführten Grundsätzen zu erfolgen.
- Die umweltrelevanten Grundsätze müssen nicht nur vom Staat, sondern auch von allen gesellschaftlichen Gruppierungen, unabhängig von ihrer speziellen Interessenslage, beachtet werden.
- Anstelle egoistischen Wettbewerbsdenkens wird das solidarische Gemeinschaftsgefühl zu fördern sein. Dies be-

inhaltet auch eine Förderung von Eigenverantwortung und Eigeninitiative von Personen und Gruppen.

- Eine Abkehr vom Materialismus (Ausrichtung nur an Quantitäten) und eine stärkere Hinwendung zu den qualitativen Aspekten der Lebensführung (Naturerlebnis, Pflege kultureller Werte, soziale Geborgenheit, ethisch-religiöse Sinnfindung usw.) sollen einen größeren Grad von Freiheit und Selbstverwirklichung des einzelnen und der Gemeinschaft bewirken.
 - Verstärkte demokratische Willensbildung, z. B. durch Ausbau der Instrumente direkter Demokratie, des Volksbegehrens und der Volksabstimmung sowie durch verstärkte, neutrale Information der Bevölkerung, denn Sachentscheidungen setzen Sachinformation voraus.
 - Entbürokratisierung der Verwaltung insbesondere dort, wo Entscheidungsprozesse nicht genügend transparent sind und persönliche Verantwortungsbereiche der Entscheidungsträger fehlen. Begleitende Kontrolle vor und während der Realisierung von Großprojekten.
- ### 2. Umwelt-, Natur- und Landschaftsschutz
- Erhaltung der Lebensgrundlagen durch:
 - Sanierung bisheriger Umweltschäden (Luftverschmutzung, Grundwasserbelastung, Waldsterben, Erosionen usw.) bei gleichzeitiger
 - Verhinderung künftiger Belastungen natürlicher Ökosysteme, Schonung erschöpfbarer Ressourcen und möglichst geringem Landschaftsverbrauch insbes. durch bauliche Inanspruchnahme.
 - Sicherung der Artenvielfalt, Erhaltung der artspezifischen Lebensräume.

Verstärkte Ausweisung von erhaltenswerten Landschafts- und Naturschutzgebieten sowie von Nationalparks.

- Verzicht auf Stoffe, die das ökologische Gleichgewicht nachhaltig stören und Leben und Gesundheit bedrohen. Umweltverträglichkeitsprüfungen sollen als Entscheidungsgrundlage über Zulassung neuer Produkte, neuer Produktionsverfahren oder von Raumplanungen herangezogen werden.
- Zum Schutz des Waldes vor saurem Regen ist ein sofort wirksam werdendes, längerfristiges Sanierungsprogramm in Angriff zu nehmen.
- Untersuchung ehemals ungeordneter Mülldeponien hinsichtlich der dort deponierten Stoffe und ihrer Langzeitwirkung auf die natürliche Umwelt.
- Trinkwasservorräte sind vor übermäßiger Belastung bzw. Verschwendung zu schützen, wobei auf die Schonung des Grundwassers besonderes Augenmerk zu legen sein wird.
- Da die Uferandregionen der Gewässer (wie Feuchtbio- tope insgesamt) für den Arten- und Biotopschutz besonders wichtig sind, sind diese in ihrem ganzen noch vorhandenen Umfang naturnah zu erhalten.
- Ökologische Sicherung des alpinen Bereiches durch Verzicht auf naturwidrige Eingriffe (etwa infolge Baues von Lifтанlagen und Schipisten).

3. Raumordnung

- Anwendung des Konzepts der dezentralisierten Konzentration:
Vermeidung übermäßiger Ballungsgebiete einerseits und Erhaltung einer Mindestbevölkerungsdichte im ländlichen Raum andererseits, um dessen natürliche und soziale Funktionsfähigkeit sichern bzw. wiederherstellen zu können.
- Flächensparende Siedlungsweise durch enge Zuordnung (Mischung) von Wohnungen, Arbeitsstätten und Freiflächen, wodurch eine weitere Versiegelung der Böden durch Überbauung auf ein Mindestmaß reduziert wird.
- Schutz der noch wenig belasteten Landschaften und ökologische Sanierung stark belasteter Landschaften.
- Innerstädtische Dezentralisierung durch Schaffung kleinräumiger Wohngebiete mit hinreichender Eigenständigkeit; Erhaltung und Erweiterung von Grün- und Erholungsflächen in den Städten.
- Umwelt- und Sozialverträglichkeit von raumrelevanten Planungen unter Einbezug aller direkt Betroffenen prüfen.
- Förderung ökologisch gerechter Architektur und Bauweisen.
- Erhaltung der besten agrarischen Böden durch entsprechende Flächenwidmungen.
Intensiv bewirtschaftete landwirtschaftliche Nutzfläche soll durch naturnah gestaltete Biotop (wie Hecke, Sumpf, Wald, Au) unterteilt werden.

4. Allgemeine Wirtschaftspolitik

- Der Konflikt zwischen Ökonomie und Ökologie soll durch Integration des Umweltschutzgedankens in alle Stufen des Produktionsprozesses (von der Rohstoffgewinnung über den eigentlichen Konsumgüterherstellungsprozeß bis zur Abfallverwertung) aufgelöst werden.
Langfristig ökologische Überlegungen haben den Einsatz der adäquaten ökonomischen Mittel zu bestimmen.
- Die derzeitige Durchlaufwirtschaft (Ein-Weg-Wirtschaft) muß zur Kreislaufwirtschaft nach dem Vorbild der Natur umgewandelt werden. Recycling ist als wirtschaftliches und ökologisches Sparprinzip verstärkt anzuwenden. Insbesondere müssen nicht regenerierbare Rohstoffe einer Wiederverwertung zugeführt werden.
- Unverzögliche Anwendung des Verursacherprinzips, z. B. Einhebung von Emissionsabgaben bei umweltschädigenden Emissionen. Diese Abgaben sind nach Menge, Gefährlichkeit und sozialen Kosten ihrer Schadensbeseitigung zu bemessen und in Ballungsgebieten höher anzusetzen, um eine Sanierung schneller vorantreiben zu können.
Damit soll insbesondere eine Umstellung auf umweltschonende Produktionsverfahren und umweltgerechten Konsum bewirkt werden (siehe auch Finanzpolitik).
- Undifferenziertes und quantitatives Wirtschaftswachstum (vergleichbar dem rücksichtslosen Wachstum einer Krebszelle) soll durch organisch abgestimmtes, qualitatives Wachstum ersetzt werden.

- Die Berechnung des Bruttonationalprodukts ist durch Sozialindikatoren (Einflußgrößen der Lebensqualität) und das betriebliche Rechnungswesen durch eine „ökologische Buchhaltung“ (Aussagen, welches Ausmaß der Einwirkungen auf die verschiedenen Bereiche der natürlichen Umwelt das buchführende Unternehmen pro Jahr verursacht) zu erweitern.
- Umweltgüter (bestimmte Rohstoffe, Luft, Grundwasser u. ä.) dürfen nicht weiter als kostenlose bzw. hinsichtlich ihrer Knappheit preislich unterbewertete Produktionsmittel benutzt werden.
- Förderung dezentraler, überschaubarer Produktionseinheiten.
- Umstellung von Wegwerfprodukten auf qualitativ hochwertige, reparaturfähige Langzeitprodukte.
Aufklärung der Konsumenten über die „Umweltverträglichkeit“ der einzelnen Produkte.

5. Beschäftigungspolitik

- Durch Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen für wenige dürfen die Lebensbedingungen für viele nicht verschlechtert werden.
- Es gibt derzeit nicht zu wenig Arbeit, die Arbeit ist vielmehr zu teuer und daher oft unerschwinglich. Rationalisierungsinvestitionen und daraus erfolgende Einsparungen sollen nicht mehr in erster Linie den Produktionsfaktor Arbeit betreffen, sondern insbesondere durch steuerliche Maßnahmen (siehe Finanzpolitik) auf Rohstoff- und Ener-

gieeinsparungen gerichtet werden. Damit können bestehende Arbeitsplätze weitgehend erhalten und neue geschaffen werden.

- Zusätzliche Arbeitsplätze können vor allem durch folgende ökologisch relevante Maßnahmen geschaffen werden:
 - Umrüstung auf rationellere, dezentrale Energietechniken;
 - Einführung energie- und rohstoffsparender, abfall- und abwärmenutzender Technologien (siehe Energiepolitik);
 - Wärmedämmung und Schallisolierung in Wohnbauten;
 - Ausbau der Sozialarbeit;
 - stärkere ökologische Orientierung in der Agrarwirtschaft;
 - Ausbau des Recyclings;
 - Förderung des öffentlichen Verkehrs u. ä. m.
- Eigenarbeit in Haus, Garten und in Gemeinschaftseinrichtungen soll gefördert werden.

6. Finanzpolitik

- Durch steuerliche Entlastung des Produktionsfaktors Arbeit bei gleichzeitiger steuerlicher Belastung von Rohstoff- und Energieverbrauch sollen Rationalisierungsmaßnahmen von der Arbeitseinsparung auf die Rohstoff- und Energieeinsparung umgelenkt werden.
- Zu überprüfen wäre ferner, wieweit Importe aus Ländern, in denen die betreffenden Güter nicht unter den im Inland gültigen Umweltauflagen erzeugt werden, durch eine Rohstoffsteuer und Emissionsabgabe in der Höhe belegt werden können, die auch bei einer Produktion im Inland entstanden wäre. Das diesbezügliche Einkommen sollte dann zweckgebunden an die (exportierenden) Entwicklungsländer zur Verbesserung ihrer Produktionsweisen und Naturgrundlagen refundiert werden.
- Wird eine flächensparende Siedlungsweise durch Baulücken verunmöglicht, sollen die Eigentümer durch ansonsten zu errichtende Abgaben veranlaßt werden, ihre Grundstücke einer Bebauung zuzuführen bzw. an die Gemeinde zur widmungsgemäßen Verwendung (Weiterverkauf an Bauwillige) abzutreten. Die Einnahmen aus dieser Abgabe erhalten die Gemeinden zum Ankauf derartiger Grundstücke.

7. Agrarpolitik

- Ein verstärkter Einsatz biologischer und ökologischer Methoden in der Landwirtschaft sollte anstelle des Einsatzes von chemisch-synthetischen Hilfsstoffen gefördert werden. Insbesondere ist auf eine Wiederherstellung der natürlichen Bodenfruchtbarkeit durch Methoden des ökologischen Landbaus wie Einhaltung einer nachhaltigen Fruchtfolge, Gründüngung, entsprechende Wirtschaftsdüngerbehandlung, geeignete Standort- und Sortenwahl, Schutzpflanzungen zugunsten des Kleinklimas und der Tierwelt und als Emissionsschutz u. ä. zu achten.
- Die Umstellung von landwirtschaftlichen Betrieben auf ökologisch ausgerichtete Produktionsmethoden ist durch

Übergangshilfen und Aufbau eines Beratungswesens zu fördern.

Die betriebliche Förderung soll insbesondere jenen Familienbetrieben zugute kommen, durch die die Naturgrundlagen erhalten und nachhaltig gesichert werden.

- Durch eine Abgabe für chemisch-synthetische Hilfsmittel (Düngemittel, Pflanzenschutzmittel und Wachstums-mittel) könnte gleichzeitig eine extensivere und biologische Landbewirtschaftung gefördert werden.
- Abgeltung der von der Landwirtschaft erbrachten und für alle Gesellschaftsmitglieder wichtigen Landschaftspflegeleistung;
stärkere Förderung der Klein- und Bergbauern.
- Abgelehnt wird jede naturwidrige, monokulturelle Produktionsweise, insbesondere jede Art der Intensiv- und Massentierhaltung.
- Starke Einschränkung der Futtermittelimporte durch eigenen Futtermittelanbau. Neben positiven Auswirkungen auf die Handelsbilanz und den Überproduktionsabbau würde damit auch ein wichtiger Beitrag zur Erhöhung der Selbstversorgung in den Ländern der Dritten Welt geleistet.
- Ein hoher Selbstversorgungsgrad ist auch aus umweltpolitischen Überlegungen anzustreben, weil dadurch nicht nur die Versorgung im Krisenfall gesichert, sondern auch der Transportkostenanteil gesenkt und eine dezentrale Produktionsstruktur gefördert werden kann.
- Der Kontakt zwischen Konsumenten und Produzenten soll gefördert werden;
freier Absatz der landwirtschaftlichen Produkte am Markt muß wieder möglich werden.
- Bei jeder Ware ist erkenntlich zu machen, mit welchen Mitteln sie behandelt und erzeugt wurde; die Verarbeitung der Nahrungsmittel soll möglichst wertschonend erfolgen.
- Im Bereich der Forstwirtschaft wird als wichtig erachtet:
 - Schaffung vielfältiger Waldbiotope (Einschränkung forstlicher Monokulturen),
 - Entwässerung von Feuchtwaldgebieten einstellen,
 - anstelle chemischen Pflanzenschutzes Stabilisierung durch Mischwälder,
 - Ausdehnung der Waldgebiete im Umfeld von Verdichtungsräumen.
- Eine Entwicklung der Agrarwirtschaft vom (abhängigen) Energieverbraucher wieder zum Energieproduzenten soll unterstützt werden.

8. Verkehrspolitik

- Das gesamte Verkehrsaufkommen ist durch Errichtung dezentraler Siedlungsstrukturen zu vermindern.
- Bevorzugter Ausbau des öffentlichen Verkehrs, Vorrang der Schiene vor der Straße (insbesondere auch bei Frachtgut).
Der Bau neuer Verkehrswege ist auf ein Mindestmaß zu begrenzen und durch ökologisch erhaltenswerte Gebiete überhaupt zu vermeiden.

- Ausbau des Park-and-Ride-Systems (Parkmöglichkeiten an den peripheren Stationen leistungsfähiger Massenverkehrsmittel); Förderung von Fahrgemeinschaften; Errichtung von Verkehrsverbänden.
- Ausbau des Rad- und Fußwegenetzes.
- Gestaffelte Arbeitsbeginnzeiten insbesondere in großen Ballungsgebieten, um die Verkehrsspitzen abzuflachen.
- Fahrzeuge aller Art sind hinsichtlich Energieverbrauch, Lärm- und Abgasemission, aktiver und passiver Sicherheit sowie Reparaturfreundlichkeit und Haltbarkeit zu verbessern.
- Anstelle weiterer Salzstreuung verstärkte Nutzung von Splitt und Sand (auf Gehsteigen auch Asche).

9. Energiepolitik

- Grundsätze der Energiepolitik sollen erstens die Einsparung bzw. effizientere Verwendung und zweitens der bevorzugte Einsatz erneuerbarer Energiequellen sein.
- Keine Erzeugung von Atomenergie. Umlenkung der freiwerdenden Finanzmittel und Forschungskapazitäten für Entwicklung regenerativer Energietechniken bzw. Techniken für rationellere Energienutzung.
- Verstärkte Anwendung der Technik der Schadensrückhaltung insbesondere bei kalorischen Kraftwerken.
- Förderung verstärkter Abwärmenutzung durch Kraft-Wärme-Kopplung (verbunden mit der Einhebung einer Abgabe für Schadstoff- und Wärmebelastung der Umwelt).
- Förderung einer ökologisch gerechten, dezentralen Energieerzeugung (Solarzellen, Sonnenkollektoren, Heizkraftwerke in Siedlungsgebieten mit Fernwärmenetz, Kleinkraftwerke, Biogasanlagen, Luft-Wärme-Pumpe usw.) und -verwendung (z. B. passive Sonnenenergienutzung).
- Abschaffung verbrauchsfördernder Tarife und Einführung progressiver Energiepreise.
- Anstelle Stromwerbung gezielte Aufklärung der Betriebe und Haushalte über Möglichkeiten zur Energieeinsparung.
- Deutlich sichtbare Angabe des Verbrauchs und des Wirkungsgrades auf allen energieverbrauchenden elektrischen Geräten.

10. Gesundheitswesen

- Intensivierung von Prävention und Rehabilitation in der psychosozialen und medizinischen Betreuung.

- Ausbau der ganzheitlichen, d. h. psychische und soziale Faktoren berücksichtigenden Medizin; menschengerechte Anwendung von Technik und Chemie unter Wiedereinbeziehung altbewährter Naturheilmethoden.

- Vorbeugende Krebsbekämpfung durch Ausschaltung krebserregender Stoffe in Nahrung und Umwelt.

11. Erziehung, Bildung

- Gefördert werden soll eine Erziehung, in deren Rahmen Menschlichkeit, schöpferische Kreativität, Solidarität und Toleranz sowie Eigen- und Mitverantwortung einen hohen Stellenwert einnehmen.
- Fachübergreifendes Denken soll als durchgängiges Unterrichtsprinzip zum leichteren Erfassen ökologischer Kreisläufe und sozioökonomischer Zusammenhänge vermittelt werden. Stärkere Hinwendung zu interdisziplinären Ausbildungsformen.
- Wünschenswert wären vermehrte Erwachsenenbildungsaktivitäten u. a. in folgenden Bereichen:
Aufzeigen von Vernetzungen im wirtschaftlichen, politischen und sozialen Leben;
Befassen mit den Grenzen des Wachstums und speziellen Umweltproblemen (einschließlich deren Ursachen);
Hinführen zu verantwortetem Umgang mit Natur, Energie und Rohstoffen.

12. Außenpolitik

- Die Außenpolitik muß als „Weltinnenpolitik“ verstanden werden, bei der eine globale Umweltpolitik zur Sicherung der gemeinsamen Natur- und Lebensgrundlagen eine wichtige Rolle spielt.
- Dieser „Weltinnenpolitik“ kommen drei Aufgaben zu:
 - Entwicklungspolitik: Förderung ressourcenschonender Lebens- und Wirtschaftsweisen auch in den Entwicklungsländern unter Bewahrung ihrer eigenen Kultur; Aufbau einer ökologisch gerechten Landwirtschaft unter besonderer Berücksichtigung des örtlichen Bedarfs, Klimas, Bodens usw.
 - Friedenspolitik: Insbesondere soll durch sparsamen Umgang mit Ressourcen und Energien eine wesentliche Kriegsursache ausgeschaltet werden.
 - Umweltpolitik: Der Abschluß internationaler Abkommen soll besonders bei grenzüberschreitenden Umweltbelastungen forciert und die Einhaltung dieser Abkommen international kontrolliert werden.

A U F R U F

DIE GEFÄHRDUNG UND ZERSTÖRUNG UNSERER UMWELT HAT BEREITS EIN SOLCHES AUSMASS ERREICHT, DASS WIR VERSCHIEDENE INTERESSEN, IDEOLOGISCHE STREITFRAGEN UND ANDERE RANDPROBLEME ZURÜCKSTELLEN MÜSSEN, UM UNS AUF DIE ÜBERLEBENSFRAGEN KONZENTRIEREN ZU KÖNNEN.

ALLE VERANTWORTUNGSBEWUSSTEN MENSCHEN SIND AUFGEFORDERT, MASSNAHMEN MITZUTRAGEN UND ZU UNTERSTÜTZEN, WELCHE DIE ERHALTUNG UND WIEDERHERSTELLUNG UNSERER LEBENSGRUNDLAGE ZUM ZIEL HABEN. DIE ANSTEHENDEN PROBLEME WERDEN NUR DURCH GEMEINSAME ANSTRENGUNGEN, EINSICHT UND OPFERBEREITSCHAFT ALLER GRUPPEN BEWÄLTIGT WERDEN KÖNNEN.

Empfehlenswerte allgemeine Literatur zu Umweltthemen

- Altner, G.:* Schöpfung am Äbgrund. Die Theologie vor der Umweltfrage. Neunkirchen 1978.
- Altner, G.:* Leidenschaft für das Ganze. Zwischen Weltflucht und Machbarkeitswahn. Stuttgart 1980.
- Binswanger, H. C., Geissberger, W. und Ginsburg, Th.* (Hrsg.): Der NAWU-Report. Wege aus der Wohlstandsfalle. Strategien gegen Arbeitslosigkeit und Umweltkrise. Frankfurt/M. 1978.
- Binswanger, H. C., Bonus, H. und Timmermann, M.:* Wirtschaft und Umwelt. Möglichkeiten einer ökologieverträglichen Wirtschaftspolitik. Stuttgart 1981.
- Binswanger, H. C. u. a.:* Arbeit ohne Umweltzerstörung. Strategien für eine neue Wirtschaftspolitik. Frankfurt/M. 1983.
- Bölsche, J.* (Hrsg.): Natur ohne Schutz. Neue Ökostrategien gegen die Umwelt-Zerstörung. Reinbek b. Hamburg 1982.
- Bölsche, J.* (Hrsg.): Die deutsche Landschaft stirbt. Zerschnitten – zersiedelt – zerstört. Hamburg 1983.
- Bossel, H., Grommelt, H.-J. und Oeser, K.* (Hrsg.): Wasser. Wie ein Element verschmutzt und verschwendet wird. Frankfurt/M. 1982.
- Brun, R.* (Hrsg.): Der grüne Protest. Herausforderung durch die Umweltparteien. Frankfurt/M. 1978.
- Capra, F.:* Wendezeit. Bausteine für ein neues Weltbild. Bern, München, Wien 1983.
- Der neue Konsument. Der Abschied von der Verschwendung – Wiederentdeckung täglichen Bedarfs. (fischer alternativ), Frankfurt/M. 1979.
- Ehrlich, P. u. a.:* Humanökologie. Der Mensch im Zentrum einer neuen Wissenschaft. Berlin, Heidelberg, New York 1975.
- Energie und Umwelt. Sondergutachten März 1981. (Hrsg. vom Rat der Sachverständigen für Umweltfragen), Stuttgart, Mainz 1981.
- Eppler, E.:* Ende oder Wende. Von der Machbarkeit des Notwendigen. Stuttgart 1975.
- Eppler, E.:* Wege aus der Gefahr. Reinbek b. Hamburg 1981.
- Fischer Öko-Almanach. Daten, Fakten, Trends der Umweltdiskussion. Frankfurt/M. 1982.
- Fromm, E.:* Die Revolution der Hoffnung. Für eine humanisierte Technik. Reinbek b. Hamburg 1974.
- Fromm, E.:* Haben oder Sein? Die seelischen Grundlagen einer neuen Gesellschaft. Darmstadt 1976.
- Global 2 000. Der Bericht an den Präsidenten. Frankfurt/M. 1980.
- Gruhl, H.:* Ein Planet wird geplündert. Die Schreckensbilanz unserer Politik. Frankfurt/M. 1975.
- Gruhl, H.:* Das irdische Gleichgewicht. Ökologie unseres Daseins. Düsseldorf 1982.
- Hartkopf, G. und Bohne, E.:* Umweltpolitik 1. Grundlagen, Analysen und Perspektiven. Opladen 1983.
- Heintzeler, W. und Wehrhahn, H.-J.* (Hrsg.): Energie und Gewissen. Stuttgart 1981.
- Hengsbach, F. u. a.* (Hrsg.): Macht Euch die Erde untertan? Schöpfungsglauben und Umweltkrise. Würzburg 1981.
- Hillmann, K.-H.:* Umweltkrise und Wertewandel. Die Umwertung der Werte als Strategie des Überlebens. Frankfurt/M., Bern 1981.
- Hornstein, W. u. a.:* Jugend ohne Orientierung? Zur Sinnkrise der gegenwärtigen Gesellschaft. Weinheim, Basel 1981.
- Katholische Sozialakademie Österreichs (Hrsg.): Von der Quantität zur Qualität des Lebens. Wien 1974.
- Közegi, B. und Mackwitz, H.:* Umweltschadstoffe – das vernachlässigte Risiko. Wien 1983.
- Krolzik, U.:* Umweltkrise – Folge des Christentums. Stuttgart, Berlin 1979.
- Liedke, G.:* Im Bauch des Fisches. Ökologische Theologie. Stuttgart, Berlin 1979.
- Lorenz, K.:* Die acht Todsünden der zivilisierten Menschheit. München 1973.
- Lovins, A. B.:* Sanfte Energie. Das Programm für die energie- und industriepolitische Umrüstung unserer Gesellschaft. Reinbek b. Hamburg 1978.
- Marti, K.:* Schöpfungsglaube. Die Ökologie Gottes. Stuttgart 1983.
- Mead, M.:* Hoffnung und Überleben der Menschheit. Glaube im 20. Jh. Stuttgart, Berlin 1972.
- Meyer-Abich, K. M. und Schefold, B.:* Wie möchten wir in Zukunft leben? Der „harte“ und der „sanfte“ Weg. München 1981.
- Nell-Breuning, O. v.:* Arbeit vor Kapital. Kommentar zur Enzyklika Laborem exercens v. Johannes Paul II. Wien, München, Zürich 1982.
- Öko-Politik – aber wie? Ergänzungsband zu „Fischer Öko-Almanach 82/83“. fischer alternativ, Frankfurt/M. 1983.
- Peccei, A.* (Hrsg.): Das menschliche Dilemma. Zukunft und Lernen. Wien, München, Zürich 1979.
- Peccei, A.:* Die Zukunft in unserer Hand. Gedanken und Reflexionen des Präsidenten des Club of Rome. Wien 1981.
- Peccei, A. u. a.:* Der Weg ins 21. Jahrhundert. Alternative Strategien für die Industriegesellschaft. München 1983.
- Pestalozzi, H. A.:* Nach uns die Zukunft. Von der positiven Subversion. Gümlingen 1981.
- Pies, E.:* Überleben wir die Zukunft? Umweltkrise – materielle und ethische Aspekte. Stuttgart 1979.
- Renken, K.* (Hrsg.): Umweltfreundliche Produkte. Ein Handbuch für den öko-bewußten Verbraucher. Frankfurt/M. 1982.
- Rosnay, J. de:* Das Makroskop. Systemdenken als Werkzeug der Ökogesellschaft. Reinbek b. Hamburg 1979.
- Schumacher, E. F.:* Die Rückkehr zum menschlichen Maß. Alternativen für Wirtschaft und Technik. „Small is beautiful“. Reinbek b. Hamburg 1978.
- Steck, O. H.:* Welt und Umwelt. (Reihe Biblische Konfrontationen), Stuttgart 1978.
- Swoboda, H.:* Der Kampf gegen die Zukunft. Ein Report über die Widerstände gegen Veränderungen. Frankfurt/M. 1978.
- Staudinger, H. und Behler, W.:* Chance und Risiko der Gegenwart. Eine kritische Analyse der wissenschaftlich-technischen Welt. Paderborn 1976.
- Stumpf, H.:* Leben und überleben. Einführung in die Zivilisationsökologie. Stuttgart 1977.
- Technik für den Menschen. Neue Perspektiven für sozial- und umweltverträgliche Technologien. (Hrsg. von der Arbeitsgruppe für Angepaßte Technologie), fischer alternativ, Frankfurt/M. 1982.
- Vester, F.:* Unsere Welt – ein vernetztes System. Stuttgart 1978.
- Vester, F.:* Neuland des Denkens. Vom technokratischen zum kybernetischen Zeitalter. Stuttgart 1980.
- Wenke, K. und Zilleßen, H.* (Hrsg.): Neuer Lebensstil – verzichten oder verändern! Auf der Suche nach Alternativen für eine menschlichere Gesellschaft. Opladen 1978.
- Wicke, L.:* Umweltökonomie. Eine praxisorientierte Einführung. München 1982.
- Zukunft der Schöpfung – Zukunft der Menschheit. Erklärung der Deutschen Bischofskonferenz zu Fragen der Umwelt und Energieversorgung. (Hrsg. vom Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz), Bonn 1980.

Weitere Literaturhinweise insbesondere zu speziellen Themenbereichen stellt der Arbeitskreis Ökologie auf Anfrage gerne zur Verfügung.

